

Ausserordentliche Mitgliederversammlung der Rudolf Steiner Schule Bern Ittigen Langnau am Donnerstag, 14. Juni 2018 um 19:30 in der Schule in Bern (Saal)

Anwesend sind 126 stimmberechtigte Personen. 28 Personen haben sich per E-Mail entschuldigt.

1. Begrüssung

Die Versammlungsleiterin Marianne Etter begrüsst die Anwesenden herzlich im Namen des Vorstands.

Als Auftakt zur Einstimmung zeigt Lena Ashkenazi nach einer kurzen Einführung einen Film zweier Studierenden der Hochschule der Künste (Berner Fachhochschule) über die Flüchtlingsthematik. Der Film entstand 2018 im Rahmen des Sozialprojekts der Klasse 10b der Integrativen Mittelschule (IMS) unserer Schule in Ittigen.

2. Wahl der Stimmenzählenden

Sandra Lanz und Gian Schelling werden ohne Gegenstimme als Stimmenzählende gewählt.

3. Genehmigung der Traktandenliste

Es sind keine Anträge für weitere Traktanden oder Änderungen eingegangen.

4. Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 26.10.2017

Das Protokoll ist auf der Schulwebseite aufgeschaltet.

Das Protokoll der Mitgliederversammlung von 2017 wird ohne Bemerkungen einstimmig genehmigt.

5. Wahl eines neuen Vorstandsmitglieds: Simon Odermatt

Richard Begbie gibt bekannt, dass Karin Smith Ende Schuljahr aus dem Kollegium ausscheiden wird und deshalb per 31.7.2018 auch aus dem Vorstand zurücktritt. Er freut sich, dass sich nach mehrjährigem Unterbruch wieder ein Kollegiumsmitglied unserer Schule in Bern zur Wahl in den Vorstand bereiterklärt hat: Simon Odermatt stellt sich selbst vor. Er ist Klassenlehrer in der Schule in Bern und wurde durch das Kollegium vorgeschlagen. Er unterrichtet seit neun Jahren an der Schule in Bern – seit einem Jahr arbeitet er in der Personalgruppe mit.

Simon Odermatt wird ohne Gegenstimme und mit grossem Applaus gewählt.

6. Entscheid über die neue Schulgeldregelung

Die neue Schulgeldregelung wurde erarbeitet von der Elterngesprächsgruppe (EGG) in Zusammenarbeit mit dem Vorstand. Der Entwurf und die Erläuterungen zur neuen Schulgeldregelung wurden mit der Einladung zur MV per Post verschickt und auf der Schulwebseite aufgeschaltet.

René Aebersold erläutert die wichtigsten Eckpunkte der neuen Schulgeldregelung mit einigen Berechnungsbeispielen.

In der einleitenden Diskussion wird die Erarbeitung der neuen Schulgeldregelung und ihre Darlegung verdankt. Es werden aber auch Fragen und Kritik vor allem zu zwei Neuerungen vorgebracht:

- **2.6 - Abweichungen: Verzicht auf Gesuche bei hohen Beiträgen:** Diese Bestimmung sollte erklärt und klarer formuliert werden. Mit der Berücksichtigung der Kinderzahl für hohe Beiträge, bei denen kein Gesuch und keine Abweichungsbegründung mehr erforderlich ist, werde das Solidaritätsprinzip auf den Kopf gestellt. Abweichungen nach unten seien verhandelbar – warum nicht auch Abweichungen nach oben?
- **2 – Berechnung des Schulgeldes:** Der Wechsel von der eigenverantwortlichen Festlegung des Schulgeldes durch die Eltern zum Gesuch um Abweichungen vom fix errechneten Schulgeld sei ein Paradigmenwechsel, der nicht im Sinne Rudolf Steiners erfolge.

Die kritisierten Vorschläge werden von René Aebersold und EGG-Mitglied Christoph Grottole erläutert; sie werden auch in Wortmeldungen aus der Mitte der Versammlung unterstützt.

Die Versammlungsleiterin eröffnet eine zweite Diskussionsrunde mit der Frage nach konkreten Änderungsanträgen.

- **Schulgeld-Regelungen für die Mehrstufenklassen:**

Stefan Locher stellt den Antrag, für die Mehrstufenklassen (MSK) in Punkt 2.4 (Minimalbeiträge) und 2.6 (Abweichungen: Verzicht auf Gesuche bei hohen Beiträgen) keine höheren Beträge vorzuschreiben. Aus Rücksicht auf das Solidaritätsprinzip dürften Familien mit MSK-Kindern finanziell nicht benachteiligt werden.

Bruno Vanoni und René Aebersold erklären die höheren Beiträge mit der bisherigen Regelung, die bei der Integration der früher selbständigen Kleinklassenschule beschlossen worden war, mit dem grösseren Finanzbedarf für die kleineren Klassen mit intensiveren Betreuungsverhältnissen durch Lehrpersonen sowie mit der Bereitschaft von Gemeinden, finanzielle Beiträge für den MSK-Besuch zu zahlen.

Eine direkt betroffene Schulmutter äussert Verständnis für das höhere Schulgeld den kleineren Klassen und unterstützt die Weiterführung der bisherigen Praxis.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mit 9 Ja-Stimmen gegen 83 Nein-Stimmen bei 34 Enthaltungen abgelehnt.

- **Paradigmenwechsel von Eigenverantwortung zu Gesuch**

Martin Studer beantragt eine Abstimmung darüber, ob der diskutierte Paradigmenwechsel bei der Festsetzung des Schulgeldes in Frage gestellt wird und Punkt 2.5. allenfalls geändert werden sollte.

René Aebersold weist darauf hin, dass heute schon mit Ausnahmen gearbeitet wird und die bisherige Praxis gar nicht so viel anders ist, als die neue Schulgeldregelung nun klar vorgeben will.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mit 113 Nein-Stimmen (bei 13 Enthaltungen) abgelehnt.

- **Formulierung von 2.6 Abweichungen: Verzicht auf Gesuch bei hohen Beiträgen**

Solvejg Van Vliet wünscht eine bessere Formulierung, stellt aber keinen konkreten Antrag. Es soll klarer werden, weshalb hier Beträge abgestuft nach Kinderzahl genannt werden, obwohl die Schulgeldregelung generell auf Familienbeiträgen (unabhängig von der Zahl der Kinder an der Schule) aufbaut.

Die Versammlungsleiterin schlägt vor, die Formulierungsaufgabe dem Vorstand zu überlassen, und fragt, ob dies bestritten werde. Aus der Versammlung kommt kein Einspruch; somit wird der Vorstand die Regelung im Punkt 2.6 ergänzen.

Aus der Versammlung wird nochmals nachgefragt, weshalb ab einer bestimmten Schulgeld-Höhe überhaupt auf Gesuche und Abweichungsbegründungen verzichtet werden solle. Denn sehr vermögende Leute verhielten sich oft nicht sehr solidarisch. René Aebersold widerspricht dieser Aussage aufgrund seiner Erfahrung als Finanzverwalter der Schule.

- **Arbeitspensum von 100% als Grundlage für Schulgeldberechnung?**

Reinhart Rebling findet den Appell zu unverbindlich, der in Punkt 1.3 Eigenverantwortung der Familien enthalten ist («... bemühen sich, ein ihren Möglichkeiten entsprechendes Einkommen zu erzielen»). Er wirft die Frage auf, ob nicht ein 100%-Arbeitspensum der Eltern erwartet werden dürfe und das Einkommen bei geringerer Erwerbstätigkeit auf 100% hochgerechnet werden sollte.

Die EGG-Mitglieder Christoph Grottole und Ursula Kocher erläutern, dass diese Frage eingehend geprüft worden sei. An andern Steinerschulen gebe es zwar eine entsprechende Regelung, doch habe sie sich in der Praxis als nicht durchsetzbar erwiesen, insbesondere bei Selbständigerwerbenden und Arbeitslosen.

Reinhard Rebling bekräftigt, dass die gebotene Solidarität nicht mehr gegeben sei, wenn Schulleitern eine intensive Freizeitgestaltung pflegten, statt ihre Stellenprozente und somit das Arbeitseinkommen zu erhöhen. Er verzichtet jedoch auf einen konkreten Antrag.

Karl Gronewold, Schularzt in Langnau lobt die grosse Arbeit für die neue Schulgeldregelung und appelliert an alle, sich in Schulgeldfragen auf die Grundidee zu besinnen: Alle Mitglieder und Organe der Schulgemeinschaft müssen ihren Beitrag wie in einem menschlichen Organismus leisten.

Aus der Mitte der Versammlung wird noch die Frage aufgeworfen, ob im Zusammenhang mit dem Gesuch um Abweichungen (Punkt 2.5) die Freiwilligenarbeit erwähnt werden sollte. Bruno Vanoni erklärt dazu, dass diese Thematik bewusst nicht mit der Regelung der finanziellen Beiträge der Schulleitern verknüpft worden sei. dies diskutiert worden sei. Freiwilligenarbeit werde in andern Dokumenten geregelt und von der Schulgemeinschaft erwartet – ohne sie funktioniere die Schule als Gesamtes nicht.

Nachdem keine weiteren Anträge oder Fragen mehr gestellt, wird über den Antrag des Vorstandes auf Annahme der neuen Schulgeldregelung abgestimmt.

<p style="text-align: center;"><i>Abstimmungsergebnis:</i> Die neue Schulgeldregelung wird mit 109 Ja-Stimmen gegen 12 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.</p>
--

René Aebersold weist darauf hin, dass die neue Schulgeldregelung fürs Schuljahr 2019/20 in Kraft tritt.

7. Entscheid über eine Übergangsregelung

Der Entwurf und die Erläuterungen zur Übergangsregelung wurden zusammen mit der neuen Schulgeldregelung mit der Einladung zur MV per Post verschickt und auf der Schulwebseite aufgeschaltet. Die Übergangsregelung wurde erarbeitet von der Elterngesprächsgruppe (EGG) in Zusammenarbeit mit dem Vorstand.

Es werden keine Anträge gestellt und keine Bemerkungen gemacht, so dass sofort darüber abgestimmt werden kann.

Die Übergangsregelung wird mit zwei Enthaltungen ohne Gegenstimmen angenommen.

8. Kurzinformation über den Umgang der Schule mit dem Lehrplan 21 und über anstehende Baufragen

Bruno Vanoni informiert kurz über bereits erfolgte Schritte und Treffen mit den Behörden zum Lehrplan 21 und erläutert die anstehenden Aufgaben. Er ermuntert zur Mitarbeit der pädagogisch ausgebildeten Eltern bei diesem Thema.

Zu den anstehenden Baufragen an der Schule informiert René Aebersold. Er weist darauf hin, dass die Schule einige bauliche Investitionen tätigen muss.

9. Verschiedenes

Andreas Hauser appelliert an die Spendenbereitschaft der Eltern: Er stellt dazu die Idee 100x100 (wenn 100 Eltern über das zu leistende Schulgeld hinaus 100 CHF pro Monat für die ca. 100 Mitarbeitenden spenden) vor, um die im Vergleich zur Staatsschule sehr tiefen Löhne der ca. 85 Vollpensen etwas anzuheben.

Marianne Etter dankt der EGG für die geleistete Arbeit und allen Beteiligten und Anwesenden für die Mitwirkung.

Ein kleiner Imbiss - zubereitet von Robert Braun und seinem Team – rundet die Versammlung ab.

Ende der Versammlung: 21:25

Ittigen, 14.06.2018

Die Versammlungsleiterin: Marianne Etter

Für das Protokoll: Gerhard Schuwerk